



Wiss. Mit. Frederic **Kahrl**

Verfassungsrecht I:

Staatsorganisationsrecht

zugleich Einführung in das Öffentliche Recht

A. Grundlagen

I. Grundbegriffe des Verfassungsrechts

1. Verfassung und Staat
2. Verfassung und Rechtsordnung
 - a) Verfassung als Öffentliches Recht
 - b) Verfassung und Normenpyramide
 - c) Verfassungskonforme Gesetzesauslegung
3. Verfassung und Funktion – Verfassung und Freiheit:
Zwei Dimensionen des Verfassungsrechts
4. Verfassung und Methode

II. Das Grundgesetz (GG) als deutsche Verfassung

1. Das GG in der deutschen Verfassungsgeschichte
2. Die Etappen zum GG
3. Das GG als Provisorium und als gesamtdeutsche Verfassung
4. Das GG als gelernte Geschichte - „Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung“
 - a) Die Menschenwürdegarantie, Art. 1 I GG
 - b) Die Unveränderlichkeitsklausel, Art. 79 III GG
 - c) Das Widerstandsrecht, Art. 20 IV GG
 - d) Der Grundsatz der sog. „wehrhaften Demokratie“

III. Zum Begriff des Staatsorganisationsrechts

1. Das Staatsorganisationsrecht im GG
2. Verfassung und Politik
3. Grundrechte als negative Kompetenznormen

B. Die Struktur des Grundgesetzes

I. Der Aufbau des Staates unter dem GG

1. Demokratie
 - a) Das Prinzip der Volkssouveränität, Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG
 - b) Relativer Demokratiebegriff
 - c) Das GG als repräsentative Demokratie
2. Rechtsstaat
 - a) Die Rechtsbindung aller Staatsorgane – Demokratieermöglichung durch Demokratiebegrenzung
 - b) Der Rechtsstaat als „Staatsform der Distanz“
 - c) Einzelprinzipien des Rechtsstaates
 - aa) Das Bestimmtheitsgebot
 - (1) Das Gebot der Tatbestandsklarheit
 - (2) Das Gebot der Rechtsfolgenklarheit
 - (3) Das Gebot der Verständlichkeit
 - (4) Ausprägungen des Bestimmtheitsgebots (Art. 103 Abs. 2 GG)
 - bb) Das Beständigkeitsgebot
 - (1) Das Kontinuitätsgebot



Gliederung | Seite 2

- (2) Das Rückwirkungsverbot
- cc) Das Begrenzungsgebot als Übermaßverbot
- dd) Das Recht auf Rechtsschutz und rechtliches Gehör
- ee) Das Recht auf Unrechtsausgleich
- ff) Das Recht auf eine Begründung
- 3. Republik
- 4. Bundesstaat
 - a) Begriffliche Grundlagen: Zentralstaat – Bundesstaat – Staatenverbund - Staatenbund
 - b) Die Bikonstitutionalität der deutschen Verfassungsordnung
 - c) Das Verhältnis von Bundes- und Landesrecht
 - d) Die vertikale Gewaltenteilung
 - e) Der Bundesrat als Verklammerungsorgan
 - f) Bundesstaatliche Solidaritäts- und Treuepflicht
 - g) Aktuelle Entwicklung des Bundesstaats: Vom „unitarischen Bundesstaat“ zum reformierten Föderalismus
- 5. Parteienstaat

II. Die Abbildung der Staatsstruktur in den Staatsfunktionen unter dem GG

- 1. Legislative
 - a) Begriff und Arten des Gesetzes
 - b) Das formelle Gesetz als formaler Standard des Rechtsstaates (Vorrang des Gesetzes)
 - c) Das formelle Gesetz als demokratiegemäßer Rechtsakt (Vorbehalt des Gesetzes)
 - d) Demokratische Graduierbarkeit der Gesetzgebung - „Wesentlichkeitstheorie“
- 2. Exekutive
 - a) Exekutive als Ausformung des Republikprinzips
 - b) Exekutive als Ausgestaltung des Demokratieprinzips
 - c) Exekutive im Dienst des Rechtsstaatsprinzips
- 3. Jurisdiktion
 - a) Rechtsprechung als organisierter Rechtsstaat
 - b) Rechtsprechung und Demokratie

III. Staatsziele unter dem GG

- 1. Der Rechtscharakter von Staatszielen
- 2. Die Staatsziele des GG
 - a) Sozialstaat
 - b) Umweltstaat
 - c) Kulturstaat / Sportstaat
 - d) Europäische Einigung
- 3. Staatsziele und Grundrechte

C. Die Zuordnung der Staatsfunktionen im Bundesstaat – *Vertikale Gewaltenteilung*

I. Der Ländervorbehalt als allgemeiner Grundsatz

II. Gesetzgebung im Bundesstaat

- 1. Die Ausgangsvermutung für die Länder im GG
- 2. Der materielle Vorrang des Bundes in der Verfassungswirklichkeit
- 3. Spielarten der Kompetenzverteilung
 - a) Ausschließliche Gesetzgebung
 - b) Konkurrierende Gesetzgebung
 - aa) „Einfache“ Konkurrenzgesetzgebung
 - bb) Experimentelle Konkurrenzgesetzgebung (Abweichungsgesetzgebung)
 - c) Grundsatzgesetzgebung
 - d) Ungeschriebene Gesetzgebungszuständigkeiten
 - aa) Annexkompetenz



- bb) Kompetenz aus Natur der Sache
- cc) Kompetenz kraft Sachzusammenhangs
- 4. Die Kompensation von Kompetenzverlusten durch Bundesratsbeteiligung

III. Verwaltung im Bundesstaat

- 1. Die Ausgangsvermutung für die Länder im GG
- 2. Spielarten der Verwaltungszuordnung
 - a) Das Prinzip der Trennverwaltung
 - b) Ausführung von Landesrecht
 - c) Ausführung von Bundesrecht
 - aa) Ausnahme: Bundesverwaltung
 - bb) Grundsatz: Länderverwaltung
 - (1) Als eigene Angelegenheiten
 - (2) Als Auftragsangelegenheiten (sog. Bundesauftragsverwaltung)
 - cc) Gemeinschaftszuständigkeiten
- 3. Verwaltungsträger im Bundesstaat
 - a) Staatliche Verwaltung
 - b) Selbstverwaltung
 - c) Verwaltung durch Private
- 4. Friktionen der Verwaltungszuordnung

IV. Rechtsprechung im Bundesstaat

V. Rechtskonflikte im Bundesstaat

- 1. Bundeszwang, Art. 37 GG
- 2. Bund-Länder-Streit vor dem BVerfG, Art. 93 Abs. 1 Ziff. 3 GG
- 3. Föderaler Notstand, Haushaltsnotlage
- 4. Austritt aus dem Bund?

D. Die Zuweisung der Staatsfunktionen an die Staatsorgane – *Horizontale Gewaltenteilung*

I. Idealtypische Verteilung und reale Trennschärfe

II. Die Zuweisung der (Bundes-)Gesetzgebung an Bundestag und Bundesrat

1. Der Bundestag als „erste Kammer“

- a) Aufgaben und Befugnisse
- b) Organteile und Akteure des Bundestages
 - aa) Der Abgeordnete
 - (1) Der Rechtsstatus des Abgeordneten
 - (2) Der Abgeordnete im Parteienstaat
 - bb) Die Fraktionen
 - cc) Das Präsidium
 - dd) Die Ausschüsse
 - ee) Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüsse
- c) Elemente der parlamentarischen Organisation
 - aa) Die Geschäftsordnung als Binnenrecht
 - bb) Die Arbeitsweise des Parlaments
 - cc) Die strukturgebende Kraft der Mehrheits- und Minderheitsdichotomie; Opposition als Rechtsbegriff
 - d) Der Bundestag als Ergebnis demokratischer Wahl
 - aa) Die Wahlrechtsgrundsätze nach Art. 38 GG
 - bb) Das Wahlsystem nach dem BWahlG
 - cc) Die Legislaturperiode
 - (1) Dauer, Beginn und Ende



- (2) Die außerordentliche Beendigung der Legislaturperiode
- (3) Der Grundsatz der Diskontinuität

2. Der Bundesrat als zweite Kammer

- a) Aufgaben und Befugnisse
- b) Organteile und Akteure des Bundestag
 - aa) Die Bundesratsmitglieder
 - bb) Das Präsidium
 - cc) Die Ausschüsse
 - dd) Der Bundesrat im Parteienstaat
- c) Der Bundesrat als Ergebnis exekutiver Benennung
- d) Der Bundesrat als kontinuierliches Organ

3. Der Vermittlungsausschuss

4. Der Gemeinsame Ausschuss

III. Die Zuweisung von Aspekten der Staatsleitung an den Bundespräsidenten

1. Der Bundespräsident als Staatsnotar und Integrationsfigur
2. Die Stellung des Bundespräsidenten als Ergebnis historischer Erfahrung
3. Die Wahl des Bundespräsidenten

IV. Die Zuweisung von Staatsleitung und Verwaltung an die Bundesregierung

1. Aufgaben und Befugnisse
 - a) Die Bundesregierung als Gubernative (Regierung im funktionellen Sinn)
 - b) Die Bundesregierung als Exekutive (Verwaltung im funktionellen Sinn)
 - c) Der so genannten Arkanbereich der Exekutive
2. Struktur und Organisation der Bundesregierung
 - a) Die Mitglieder der Bundesregierung
 - b) Strukturprinzipien
 - aa) Kanzlerprinzip
 - bb) Kollegialprinzip
 - cc) Ressortprinzip
 - c) Arbeitsweise der Bundesregierung
 - d) Koalitionsausschüsse – Die Bundesregierung im Parteienstaat
3. Die Amtszeit der Bundesregierung
 - a) Wahl des Kanzlers und Ernennung der Minister
 - b) Akzessorische Amtszeit; Grundsatz der Diskontinuität
 - c) Varianten vorzeitiger Beendigung; insbes. Entlassung und Rücktritt

IV. Die Zuweisung der Rechtsprechung an die Gerichte

1. Die Bundesgerichte im Instanzenzug
2. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG)
 - a) Stellung und Besonderheit des BVerfG
 - b) Zuständigkeiten des BVerfG
 - c) Organisation des BVerfG
3. Exkurs: Rechtsbehelfe außerhalb der Gerichte – insbes. Petitionsrecht

D. Die Wahrnehmung der Staatsfunktionen durch die Staatsorgane

I. Das Gesetzgebungsverfahren

1. Das Verfahren formeller Gesetzgebung
 - a) Initiative, Art. 76 GG
 - b) Beschlussfassung
 - aa) Verfahren im Bundestag
 - bb) Verfahren im Bundesrat, Art. 77 Abs. 1 S. 2; Abs. 2-4 GG
 - (1) Zustimmungsgesetze
 - (2) Einspruchsgesetze
 - c) Ausfertigung durch den Bundespräsidenten und Prüfungsrecht, Art. 82 Abs. 1 GG



Gliederung | Seite 5

- d) Verkündung, Art.82 Abs.1 GG
- e) Besonderheiten bei Verfassungsänderungen, Art. 79 GG
- 2. Das Verfahren bei abgeleiteter Gesetzgebung
 - a) Der Erlass von Rechtsverordnungen
 - aa) Zulässigkeit
 - bb) Zuständigkeit und Verfahren
 - b) Der Erlass von Satzungen

II. Die Staatsleitung

- 1. Die Vertretung der Bundesrepublik nach außen (Auswärtige Gewalt), Art. 59 GG
- 2. Die Wahrnehmung der Wehrgewalt
- 3. Die Repräsentation des Staates
- 4. Die staatliche Informationsgewalt

III. Die Verwaltung

- 1. Verfassungsgrundsätze der Verwaltung
- 2. Öffentlicher Dienst und Berufsbeamtentum (Art. 33 V GG)

IV. Das verfassungsgerichtliche Verfahren

- 1. Art der Verfahren zum BVerfG
- 2. Entscheidungsvoraussetzungen – Das BVerfG als ultima ratio
- 3. Entscheidungswirkungen – Das BVerfG als negativer Gesetzgeber
- 4. Senats- und Kammerentscheidungen
- 5. Das Sondervotum

V. Exkurs: Die Finanzgewalt

E. Das GG als integrierte Verfassung

I. Grundgesetz und Völkerrecht

II. Das Grundgesetz in der Europäischen Integration